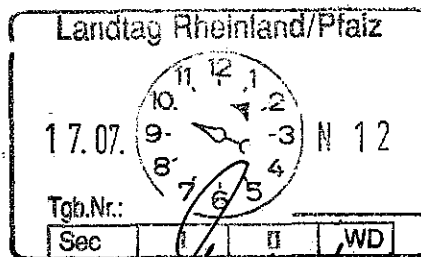


Friedrich-Ebert-Stiftung • Große Bleiche 18-20 • 55116 Mainz

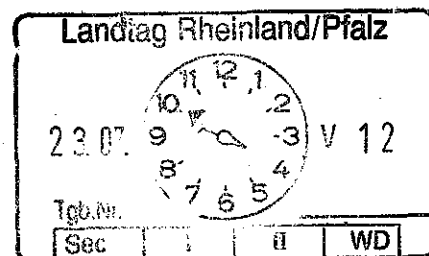
16. Juli 2012

Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“
des Landtags Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz



**Schriftliche Anhörung zum Thema
„Aktivierung und Orientierung durch politische Bildung“**

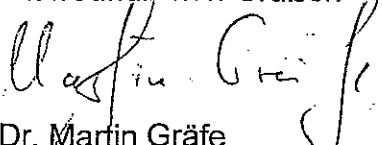
Hier: Stellungnahme der Friedrich-Ebert-Stiftung

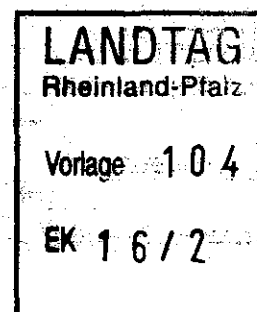


Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 22. Juni 2012 möchten wir Ihre Anfrage wie folgt beantworten. Dabei beziehen wir uns auf die drei von Ihnen gestellten Leitfragen. Im Sinne einer Erläuterung weisen wir darauf hin, dass die Beantwortung der ersten Frage den elementaren Teil unserer Antwort ausmacht. Hier finden Sie aus unserer Sicht die Informationen und auch Antworten, die Ihnen den Stand unserer Arbeit zum Thema Bürgerbeteiligung in umfassender Form dokumentieren und damit auch deutlich machen, dass es der FES im Rahmen ihrer politischen Bildungsarbeit sehr ernst ist mit dem Thema Bürgerbeteiligung. Die Beantwortung der Fragen 2 und 3 erfolgt wesentlich kürzer, weil die Antworten auf die beiden gestellten Fragen grundsätzliche Einschätzungen und normative Postulate darstellen, die sicherlich auch von vielen anderen Trägern einer modernen politischen Bildung in ähnlicher Weise formuliert werden. Wir bitten um Kenntnisnahme: Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Martin Gräfe
Leiter des FES Büros
Rheinland-Pfalz und Saarland



1. *Welche Erfahrungen haben Sie aus Sicht der politischen Bildung mit dem Thema Bürgerbeteiligung gemacht? Gibt es bei Ihnen konkrete Projekte, bzw. welche Projekte sind bei Ihnen in Planung?*

Aktivitäten der FES – Überblick – Themenspektrum –Projektansätze und konkrete Beispiele bundesweit

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung als eine der beiden großen parteinahen Stiftungen hat die politische Bildung eine zentrale Rolle – dies neben anderen Arbeitsbereichen wie der internationalen Zusammenarbeit, der Begabtenförderung und der Forschungsarbeit. Im Kontext der politischen Bildung ist das Thema Bürgerbeteiligung seit vielen Jahren fest verankert. An den beiden Hauptstandorten Berlin und Bonn gibt es mehrere Arbeitseinheiten, die sich mit dem Thema beschäftigen. Zudem wird das Thema auch in den verschiedenen Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung behandelt, unter anderem auch im FES-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mainz.

Von zentraler Bedeutung in diesem Kontext ist zum einem der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“, der von der FES Berlin aus koordiniert wird. Ansprechpartnerin seitens der FES ist zur Zeit Frau Luise Rürup. Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt ist die Kommunalakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Zuständig ist derzeit der FES-Mitarbeiter Dr. Markus Trömmer. Im Rahmen ihrer Qualifizierungsseminare ist es ein Kernanliegen, eine aktivierende politische Bildungsarbeit auf kommunaler Ebene durchzuführen. Politisch interessierte Bürger/innen haben die Gelegenheit zu lernen, wie sie sich aktiv an der Politik beteiligen und ihre Interessen besser wahrnehmen können. Das Angebot der Kommunalakademie wird mittlerweile bundesweit abgerufen und von den verschiedensten Partnern der FES sowie zahlreichen politisch interessierten und engagierten Bürger/innen wahrgenommen. Die Erfahrungen mit der Kommunalakademie sind ausgesprochen positiv. Die Nachfrage danach steigt, zusätzlich belegen Evaluierungen, dass mit diesem Angebot eine verstärkte Netzwerkbildung und eine Aktivierung der Teilnehmer/innen einhergehen.

Zusätzlich wird das Konzept einer aktivierenden Bildungsarbeit und mündigen Bürgergesellschaft auch mit jungen Menschen umgesetzt – und dies an verschiedenen Standorten. Eine Federführung liegt hier bei der FES in Bonn in der Arbeitseinheit Jugend und Politik. Im Rahmen von Planspielen (wie z.B. „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“) sollen Jugendliche schon ab 12 bis 14 Jahren erreicht werden und Geschmack daran finden,

über eher spielerische und aufgelockerte Veranstaltungsformen sich für inhaltliche Beteiligungsformen zu begeistern. Adressaten sind häufig Schulklassen, aber auch junge Menschen, die sich in der Phase der Berufsausbildung befinden. Das Thema Bürgerbeteiligung wird in der FES in sehr vielfältiger Form behandelt und die gesamte Bandbreite kann hier an dieser Stelle nicht vollständig wiedergegeben werden.

„Demokratie braucht Demokraten“ – dieser Ausspruch von Friedrich Ebert hat nichts von seiner Gültigkeit verloren und wird – nicht nur in der Stiftungsarbeit – häufig als Motto und Zielpunkt der politischen Bildung herangezogen. Ein Großevent der Abteilung Politische Akademie unter Beteiligung von zahlreichen Meinungsführern aus Politik, Wissenschaft, Medien und Verbänden war im Jahr 2011 der Demokratiekongress in Berlin am 29./30. Juni. Er sollte dem Diskurs über Demokratie und Demokratiedefizite ein Forum bieten; ein PolicyPaper mit den Darstellungen führender Wissenschaftler zu neun Themengebieten fasst zusammen, wie es um die Leistungs- und Gestaltungsfähigkeit der deutschen Demokratie bestellt ist, welchen Gefährdungen sie ausgesetzt ist und welche Anstrengungen zur Stärkung und Belebung der Demokratie unternommen werden sollen. Ein Ansatzpunkt ist auch hier die Bürgerbeteiligung; beispielhaft zwei Thesen:

„Konventionelle Formen politischer Partizipation sind rückläufig. Damit verbunden ist eine Zunahme sozialer Selektivität festzustellen“ (Partizipation und Inklusion – Wolfgang Merkel).

„Ohne Wiederbelebung des bürgerschaftlichen Engagements in Parteien droht eine weitere Verselbständigung der aus den Parteien hervorgehenden Berufspolitikerherrschaft. Es bedarf in der Gesellschaft breit verankerter, direktdemokratisch organisierter Mitglieder- und Programmparteien“ (Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien – Elmar Wiesendahl).

Ein weiteres Beispiel, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung das Thema Bürgerbeteiligung zielgruppenorientiert zu platzieren versucht, bildet eine jüngst angebotene Veranstaltung mit dem Managerkreis der FES in NRW ab. Die am 28. Februar 2012 in Düsseldorf durchgeführte Podiumsdiskussion zwischen dem ehemaligen RWE-Vorstandsvorsitzenden, Dr. Jürgen Großmann und Dr. Peter Struck, Verteidigungsminister a.D. und Vorstandsvorsitzender der FES, zu der Frage, wie Bürgerinteressen bei der Realisierung von Großprojekten von Staat und Wirtschaft besser berücksichtigt werden können, steht für einen neuen Ansatz bildungspolitischer Arbeit zum Thema Bürgerbeteiligung und bürgergesellschaftliches Engagement. Die Podiumsdiskussion mit über 300 Gästen skizzierte die Erwartungen von Bürger/innen an politische Beteiligungsverfahren, be-

schrieb aber auch die Erwartungen wirtschaftlicher Akteure an Staat und Gesellschaft hinsichtlich Planungssicherheit und die Furcht der Wirtschaft vor einer fundamentalistischen Blockadepolitik aufgebrachter „Wutbürger“. Gleichzeitig wurden in der Veranstaltung auch einige normative Postulate für staatliches Handeln, wie die Interessen der Bürger/innen in Zukunft stärker berücksichtigt werden können, formuliert. Gerade das Thema einer verstärkten Bürgerbeteiligung an Großprojekten hat nach Stuttgart 21 eine besondere politische Dimension erhalten, die von der FES im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen aufgegriffen wird. Die verschiedenen Diskussionsveranstaltungen, die von den Teilnehmer/innen durchweg positiv aufgenommen worden sind, brachten inhaltlich hinsichtlich einer verstärkten Bürgerbeteiligung eine Reihe von Fragen zutage, die auch den Leitfaden für den weiteren Diskurs hierzu darstellen dürften: Was muss der Staat leisten, um besser auf berechnigte politische Partizipationsinteressen einzugehen? Welche Aufgabe kommt anderen Organisationen, wie z.B. den politischen Parteien zu? Wie viel Bürgerpartizipation ist insgesamt wünschenswert? Wo sind die Grenzen einer Bürgerbeteiligung? Wer steht tatsächlich hinter einem Bürgerbegehren? Gibt es die Gefahr einer einseitigen Hegemonialposition einzelner Aktivistinnen, die eine schweigende Mehrheit von politisch interessierten Bürger/innen dominieren und deren Stimme nicht zu Wort kommen lassen? Wie kann die schweigende Mehrheit sich Gehör verschaffen?

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass es bei der Friedrich-Ebert-Stiftung ein breites Spektrum an Arbeitseinheiten gibt, die in sehr unterschiedlicher Weise das Thema „Bürgerbeteiligung“ zielgruppengerecht behandeln.

Entwicklung und wissenschaftliche Grundlagen für die Schwerpunktsetzung im Bereich Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung

Auch wenn das Thema eines bürgerschaftlichen Engagements in der politischen Bildungsarbeit der FES in Deutschland und die von der FES auf internationaler Ebene maßgeblich mit geprägte Diskussion über die Rolle eines zivilgesellschaftlichen Engagements im entwicklungspolitischen Kontext schon in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts einen hohen Stellenwert hatten, haben die Ergebnisse und Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags in ihrem Bericht „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, der 2002 vorgelegt wurde, eine zusätzliche Dynamik erzeugt. Nicht nur in den Bereichen Politik, Verwaltung, Medien und in den Spitzenverbänden der Wohlfahrt, des Sports und auch der Kultur hat der Enquete-Bericht noch einmal für einen Schub zur

Wahrnehmung und auch Umsetzung des Themas „Bürgerschaftliches Engagement“ geführt. Auch bei der FES sind die Empfehlungen der Enquete-Kommission sehr ernst genommen worden und haben dazu geführt, die ohnehin schon bestehenden Anstrengungen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit und gesellschaftspolitischen Beratung Ansätze und Strategien für ein verstärktes bürgergesellschaftliches Engagement zu etablieren, noch einmal zu intensivieren.

In dieser Zeit wurde auch der FES-Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ konstituiert. Grundlage dafür ist neben den Empfehlungen der Enquete-Kommission die in der Sozial- und Politikwissenschaft zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis, „dass neben der enormen sozial- und kulturpolitischen Bedeutung Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung grundsätzlich erforderlich sind, um eine lebendige Demokratie zu sichern, denn Demokratie ist auf Voraussetzungen angewiesen, die sie selber nicht schaffen kann. Eine Demokratie kann auf Dauer nur Bestand haben, wenn sie von Menschen getragen wird, die sich als Bürgerinnen und Bürger verstehen, die selbst für die Bewahrung der demokratischen Grundlagen Verantwortung zu übernehmen bereit sind.“ (Auszug aus einer Eröffnungsansprache von Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FES, bei der Veranstaltungsreihe Bonner Dialog zum Thema „Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung – Neue Chancen für die Demokratie“ am 1. April 2009, eine Veranstaltung, zu der Ministerpräsident Kurt Beck als Hauptredner eingeladen worden war).

Die Notwendigkeit, sich im Rahmen der politischen Bildungsarbeit noch stärker als in der Vergangenheit mit Möglichkeiten eines Bürgerengagements und einer Bürgerbeteiligung zu beschäftigen, erhält durch die einschlägige politikwissenschaftliche Forschung, die eine zunehmende Demokratieentfremdung der Menschen in Deutschland beobachtet, eine zusätzliche Begründung. Die Friedrich-Ebert-Stiftung selbst hat sich ebenfalls an dieser demokratierelevanten Politikforschung beteiligt und eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben. Zentraler Befund dieser vom Münchner Institut Polis und Sinus erstellten Studie ist die Offenlegung einer großen Distanz der Bürger zur Politik im Allgemeinen. Demnach glaubt jeder Dritte der befragten Untersuchungsgruppe nicht mehr daran, dass Politik in der Lage ist, Probleme zu lösen. Eine solche Haltung korreliert auch mit einer insgesamt sinkenden Wahlbeteiligung gerade bei Kommunalwahlen und bei den Wahlen zu Europaparlament (vgl. Serge Embacher: „Demokratie! Nein danke?“, Bonn 2009).

Verschiedene Studien, empirische Untersuchungen wie auch die zahlreichen Diskussionsveranstaltungen, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in den letzten Jahren zu der Thematik durchgeführt worden sind, zeigen: Das

Vertrauen in die Demokratie steigt, wenn die Menschen Sachfragen selbst verbindlich entscheiden können. Wahlen und parteipolitisches Engagement reichen nicht, um das subjektive Gefühl einer weitgehenden Ohnmacht der Einzelnen zu überwinden. Mehr direkte Demokratie bietet die Chance, die Zivilgesellschaft zu stärken, kann die Einzelnen bewegen, wieder neu über ihre aktive Rolle als Bürger und ihr Verhältnis zum Staat nachzudenken.

Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“

Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ will einen Beitrag leisten zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und zu den praktischen Reformen der Modernisierung des „aktivierenden Staates“ andererseits. In diesem Forum werden diese beiden Themen und Politikfelder konzeptionell und programmatisch zusammengedacht und weiterentwickelt. Es geht dabei darum, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte.

Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen. Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz: Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen Organisationen folgten der Einladung der FES, ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen dem jeweiligen Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Neben diesen ständigen Teilnehmern werden zu den jeweiligen Themen Einladungen an einen themenspezifisch kompetenten Adressatenkreis ausgesprochen.

In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die der praktischen Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements sowie den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestags zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen und vom Arbeitskreis kritisch begleitet. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder und Praxisfelder.

Der Arbeitskreis wird geleitet von einer Steuerungsgruppe (Kontakt: Dr. Michael Bürsch, Dr. Serge Embacher, Dr. Ansgar Klein, Dr. Susanne Lang und Bettina Luise Rürup) und wird von der Arbeitseinheit Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung koordiniert.

Veranstaltungen der FES in Rheinland-Pfalz zum Thema Bürgerbeteiligung – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Das FES Büro in Mainz hat das Thema Bürgerbeteiligung seit vielen Jahren auf der Agenda ihrer politischen Bildungsarbeit. Um nicht zu weit in die Vergangenheit zurückzugehen, sollen hier stellvertretend für andere Maßnahmen exemplarisch einige Projekte aus der jüngeren Vergangenheit und die aktuelle wie auch die zukünftige Planung dokumentiert werden:

2009, kurz nach der Veröffentlichung der von der FES in Auftrag gegebenen Demokratiestudie (s.o.), hat das Landesbüro der FES für Rheinland-Pfalz und das Saarland eine Veranstaltungsreihe aufgelegt mit dem Titel „Staat – Demokratie – Ich: Auf der Suche nach einem neuen Staatsverständnis“. Im Rahmen dieser Reihe wurde nicht nur die Studie „Demokratie! Nein danke?“ vorgestellt, sondern versucht, deren Ergebnisse herunterzubrechen auf ihre Bedeutung für den Staat, die Demokratie und das Individuum. Ein Referent war Dr. Erhard Eppler, Bundesminister a.D., der leidenschaftlich plädierte für „De(n) demokratische(n) Rechts- und Sozialstaat als historische Errungenschaft“. In der dritten Veranstaltung dieser Reihe referierte Prof. Dr. Hermann Heußner von der Fachhochschule Osnabrück, der neben der deutschen auch die Schweizer Staatsbürgerschaft hat, zu dem Thema „Die Bürger/innen entscheiden selbst.“

2010 hat das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung zwei weitere Veranstaltungen durchgeführt, die sich mit dem Thema Bürgerbeteiligung auseinandergesetzt haben. In der Veranstaltungsreihe „Die Furcht vor dem Weniger“ wurde am 7. Juli 2010 eine Veranstaltung zum Thema „Prekärer Wohlstand“ durchgeführt. In dieser Veranstaltungsreihe, die sich vor allem mit der Reform und Neugestaltung des Sozialstaats auseinandergesetzt hat, ging es um die Frage der politischen Beteiligungsmöglichkeiten im Diskurs über die zukünftige Ausrichtung des Sozialstaats. Im Mittelpunkt der Diskussion standen folgende Fragen: Wo sind die Orte in der Gesellschaft, in denen über die Zukunft des Sozialstaats entschieden wird und wer sind die sozialen Trägergruppen, die über die Zukunft und die Qualität des Sozialen entscheiden?

Zu dieser Thematik referierte der Sozialwissenschaftler Dr. Berthold Vogel, Sozialwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung. Die Veranstaltung wurde von Kathrin Anklam-Trapp, Mitglied des Land-

tags moderiert. Eine zweite Veranstaltung, die sich 2010 dem Thema Politische Partizipation und Bürgerbeteiligung widmete, fand im Kontext der Veranstaltungsreihe „Willys Welt“ mit der Diskussion zum Thema „Im Herbst der Volksparteien? – Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration“ statt. Am 13. Oktober 2010 referierte der renommierte Parteienforscher Prof. Dr. Franz Walter von der Universität Göttingen über den Stand und die Perspektiven der Volksparteien in Deutschland.

Das Thema Bürgerbeteiligung, bzw. der von ihm konstatierte Mangel an Bürgerbeteiligung stand dabei im Mittelpunkt seiner Analyse. Denn Prof. Walter prognostizierte eine Krise der Volksparteien, die nicht zuletzt auch darin ihre Ursache hätte, dass ihre Fähigkeit zur gesellschaftlichen und politischen Integration geschwunden sei und sich auch die an die Volksparteien gerichtete Erwartung, eine Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Bürger zu leisten, gemindert hätte. Nach Einschätzung von Franz Walter würde der klassische Typus von „Partei“ in der Gesellschaft massiv an Zuspruch verlieren und würde zunehmend weniger als Medium der gesellschaftlichen Teilhabe genutzt. Eine Revitalisierung der alten klassischen Vermittlungsfunktionen könne es nur dann geben, wenn sich Parteien selbst in einen fundamentalen Reformprozess begeben würden – mit mehr Bürgernähe, mehr direkter Demokratie, neuer Beteiligungsmodelle und einer Öffnung für neue Milieus.

Ein weiterer Schwerpunkt lag seit 2010 auf der Praktizierung beteiligungsorientierter Seminarformen wie dem Worldcafé, die sehr gut angenommen wurden, da sie sehr niedrigschwellig ansetzen und so, wie allgemein in Kompetenztraining-Seminaren, zur Aktivierung der Teilnehmer/innen hinsichtlich verstärkter Bürgerbeteiligung und gesellschaftlicher Interessenwahrnehmung führen sollten.

Grundsätzlich fasst die FES das Thema nicht zuletzt als Querschnittsthema auf und versucht zum Beispiel auch durch die Ausstellung „Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen“, bereits Jugendliche dafür zu sensibilisieren, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist und will Schülerinnen und Schüler motivieren, durch gelebte Demokratie diese gegen Rechtsextremismus zu immunisieren.

Mit der Einrichtung einer Enquetekommission zum Thema Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz ist auf Landesebene das klare Signal gesetzt worden, eine verstärkte Bürgerbeteiligung als zentrale Zielvorgabe für die notwendige Weiterentwicklung von Demokratiestrukturen in den Mittelpunkt zu rücken. Vor dem Hintergrund dieser angestrebten gesellschaftli-

chen Entwicklung sieht sich das Landesbüro der FES für Rheinland-Pfalz und das Saarland einerseits in seinen bisherigen Bemühungen bestätigt und andererseits gleichzeitig in der Pflicht, sich dem Thema „Bürgerbeteiligung / politische Partizipation“ **2012** und auch darüber hinaus besonders zu widmen. Neben kleineren Gesprächskreisveranstaltungen sowie Seminaren zur gezielten Kompetenzvermittlung möchte das Mainzer FES Büro im November 2012 zwei größere öffentliche Veranstaltungen durchführen, die sich dem Thema „Bürgerbeteiligung und Partizipation“ widmen.

Voraussichtlich Mitte November wird eine Veranstaltung durchgeführt, die sich gezielt dem Thema Perspektiven für eine verbesserte Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz widmet. Neben einer wissenschaftlichen Standortbestimmung, wie die Debatte zum Thema Bürgerbeteiligung im Moment grundsätzlich geführt wird, sollen Vertreter/innen aus Politik, Verwaltung und der Bürgergesellschaft über die Situation in Rheinland-Pfalz diskutieren und exemplarisch an Hand von konkreten Beispielen auch zeigen, ob es Modellansätze für eine vorbildliche Bürgerbeteiligung gibt – dies im Sinne von Best-Practice-Beispielen. Eine zweite Veranstaltung zum Thema Bürgerbeteiligung und politische Partizipation ist schon fest terminiert: Am 22. November soll in Mainz eine Veranstaltung der FES stattfinden, die sich gezielt der Frage widmen soll, wie eine verbesserte Bürgerbeteiligung und politische Partizipation von ausländischen Mitbürger/innen bzw. deutschen Staatsbürger/innen mit Migrationshintergrund erreicht werden kann. Denn verschiedene Untersuchungen haben den Befund ergeben, dass es seitens der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund durchaus ein Interesse an einer verstärkten politischen Partizipation gibt, allerdings existiert eine Reihe von Barrieren, die einer Aktivierung in Richtung verstärkter Bürgerbeteiligung und auch einer Mitwirkung in den politischen Parteien im Weg stehen. Hier zunächst einmal eine wissenschaftliche Analyse vorzunehmen und darauf aufbauend Empfehlungen zu entwickeln, wie sich eine verstärkte politische Partizipation und Bürgerbeteiligung von politisch interessierten Menschen mit Migrationshintergrund erreichen lässt, sollte das Ziel der Veranstaltung sein. Darüber hinaus sind evtl. noch für 2012, spätestens aber für das Jahr 2013 weitere Veranstaltungen der FES in Rheinland-Pfalz geplant, die das Anliegen einer verbesserten Bürgerbeteiligung an zentralen gesellschaftspolitisch relevanten Themen festmachen sollen. Konkret: Wie können Bürger/innen ihre Interessen als Verbraucher besser in die Hand nehmen? Und welcher Weg führt zum mündigen Bürger, der sich im Kontext einer immer unübersichtlicher werdenden Nutzung von Informationen und Daten im digitalen Netz mit einer eigenen Interessenwahrnehmung behaupten kann? Dies sind einige Beispiele für angedachte Themen, weitere werden folgen.

2. *Welche Möglichkeiten zu einer Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit bestehen aus Ihrer Sicht bezogen auf die aktive Bürgerbeteiligung*

Den Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit, bei der die aktive Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt steht, sind – zumindest im Hinblick auf die Bedarfslage – keine Grenzen gesetzt. Auch auf der Nachfrageseite dürfte es ein großes Interesse geben, an entsprechenden Angeboten der politischen Bildung teilzuhaben. Die Grenzen liegen letztendlich in den für alle Organisationen relevanten Budgetspielräumen und in den begrenzten Personalressourcen, um solche wünschenswerten Angebote umzusetzen.

3. *Welche Herausforderungen für die politische Bildung sind Ihrer Meinung nach mit mehr Bürgerbeteiligung verbunden?*

Wenn politische Bildung das Thema Bürgerbeteiligung verstärkt in ihre Agenda mitaufnehmen möchte, dann dürfte eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung erfolgreicher Veranstaltungen darin liegen, dass die Teilnehmer/innen solcher Veranstaltungen sich auch durch die Methodik der Durchführung ernstgenommen fühlen. Eine Podiumsdiskussion zum Thema Bürgerbeteiligung, bei der es nicht auch ausreichend Zeit für Nachfragen aus dem Publikum und einer damit verbundenen Diskussion gibt, dürfte wenig erfolgversprechend sein. Auch moderne Vermittlungsformen wie z.B. Open-Space-Veranstaltungen, die Integration interaktiver Elemente wie z.B. Rollenspiele u.a., dürfte wichtig sein. Das Lernziel, interessierte Seminarteilnehmer/innen nachhaltig in die Lage zu bringen, sich verstärkt als mündige, rational handelnde und durchsetzungsfähige Bürger/innen im und für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess einzusetzen, dürfte sehr stark auch an die Vermittlungsformen einer politischen Bildung gekoppelt sein. Die in Veranstaltungen erlebte positive Erfahrung dürfte prägend und ermutigend sein. Die Herausforderungen sind also vielfältig: Es geht zunächst einmal darum, in öffentlichen Veranstaltungen zu sensibilisieren und das Thema stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Eine zentrale Herausforderung besteht darin, Zielgruppen zu erreichen, die sich bislang aus den unterschiedlichsten Gründen von politischen Beteiligungsprozessen fernhalten, sei es aus Desinteresse oder auch auf der Grundlage subjektiv empfundener Ohnmacht und Chancenlosigkeit. In einem zweiten Schritt, dies kann auch durchaus parallel geschehen, müssen Angebote einer politischen Bildung durchgeführt werden, die im Sinne von Kompetenzvermittlung auch zur Aktivierung einer Bürgerbeteiligung beitragen.